

Dokumentation



•Die Delegation der DDR unter Leitung von Minister Heusinger auf der Konferenz in Havanna

VIII. Konferenz der Justizminister sozialistischer Länder

Aus dem Abschlußkommunique

Vom 20. bis 23. November 1984 fand in Havanna die VIII. Konferenz der Justizminister sozialistischer Länder statt, an der Delegationen der Volksrepublik Angola, der Demokratischen Republik Afghanistan, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Sozialistischen Republik Vietnam, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksdemokratischen Republik Jemen, der Volksrepublik Kampuchea, der Republik Kuba, der Volksdemokratischen Republik Laos, der Mongolischen Volksrepublik, der Volksrepublik Polen, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und des Sozialistischen Äthiopiens teilnahmen; als Gast war bei der Konferenz eine Delegation der Republik Nicaragua anwesend.

Auf der Konferenz wurde ein fruchtbarer Meinungsaustausch über aktuelle, gegenseitig interessierende Fragen und Themen durchgeführt, die die Rechtspolitik der Teilnehmerländer der Konferenz, die Rolle des Rechts beim wirtschaftlichen Aufbau der Länder sowie die Arbeit der Justizministerien bei der Ausbildung und Entwicklung juristischer Kader betreffen.

In ihren Reden hoben die Delegationen mit Genugtuung die bedeutsame Arbeit hervor, die von den auf der Konferenz vertretenen Ländern bei der Festigung der sozialistischen Demokratie und Gesetzlichkeit, bei der Vervollkommnung und Erhöhung der Effektivität der Rechtsarbeit und der gerichtlichen Tätigkeit sowie bei der Verbesserung der Planungs- und Gesetzgebungsarbeit geleistet wird; sie betonten die zunehmende Anzahl und Qualität der Maßnahmen zur Verbreitung von Informationen über das sozialistische Recht, zur Rechtserziehung der Werktätigen sowie zur Erweiterung und Festigung der Rechtsbeziehungen zwischen den Teilnehmerländern der Konferenz.

Auf der Konferenz wurde die wesentliche Rolle des Rechts beim wirtschaftlichen Aufbau der Teilnehmerländer hervorgehoben.

Die Delegationen unterstrichen ferner, daß die Auswahl und Ausbildung der juristischen Kader sowie die Erhöhung ihres fachlichen, politischen und ideologischen Niveaus bedeutenden und entscheidenden Einfluß auf die Praxis der Rechtsarbeit und die Gerichtspraxis hat. Auf der Konferenz wurde betont, daß die aktive Mitwirkung an der Ausbildung von juristischen Kadern nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben der Justizministerien darstellt.

Die Teilnehmer der Konferenz nahmen zur Kenntnis, daß einzelne Teilnehmerländer die Ausbildung juristischer Kader in Ländern sozialistischer Orientierung und deren Weiterbildung in der Praxis unterstützen, und stellen mit Genugtuung fest, daß diese Tätigkeit verstärkt wird.

Die Konferenz kam zu der einmütigen Auffassung, daß im Hinblick auf die Bedeutung und Wichtigkeit der auf den genannten Gebieten der gesellschaftlichen Rechtspraxis er-

zielten Ergebnisse die Zweckmäßigkeit der weiteren Vertiefung und Entwicklung dieser Arbeiten auf der Grundlage des Erfahrungsaustausches zwischen den Teilnehmern dieser Konferenz zu bekräftigen ist.

Die Minister vereinbarten die Ausarbeitung einzelner Dokumente zu Fragen des Friedens und der Abrüstung, zur Forderung der Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit Nikaraguas angesichts der Drohungen und Anschläge des amerikanischen Imperialismus und seiner Helfershelfer.

Die Justizminister unterstützen das Auftreten des Ministers der Justiz der Volksrepublik Bulgarien im Zusammenhang mit der Sache Antonow und fordern die Entscheidung unter Einhaltung der erforderlichen Rechtsgarantien.

Die Konferenz nahm mit Freude den Vorschlag des Ministers der Justiz der Ungarischen Volksrepublik an, die nächste Konferenz der Justizminister sozialistischer Länder in Budapest durchzuführen.

Die Konferenz verlief in einer Atmosphäre brüderlicher Freundschaft, gegenseitigen Einvernehmens, der Sachlichkeit und Übereinstimmung der Meinungen zu allen erörterten Fragen.

Appell zu Frieden und Abrüstung

-Die Justizminister, die vom 20. bis 23. November 1984 in Havanna zusammenkamen, haben angesichts der in der Welt bestehenden Lage und geleitet von den Prinzipien der Organisation der Vereinten Nationen und des Völkerrechts die Gefahr hervorgehoben, die infolge des von den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten entfesselten, quantitativ und qualitativ anwachsenden Wettrüstens, besonders des nuklearen Wettrüstens, über der Menschheit schwebt; sie haben festgestellt, daß in der Welt ökonomische und soziale Ungerechtigkeit aufrechterhalten wird.

Alarmierend ist die Tatsache, daß die Regierungen der Vereinigten Staaten und anderer imperialistischer Mächte weiterhin die Androhung und Anwendung von Gewalt, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten betreiben sowie wiederholt Normen und Prinzipien des Völkerrechts mit dem Ziel verletzen, das Streben der Völker nach Stärkung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität aufzuhalten. Dies ruft immer größere Besorgnis hervor und stellt eine Gefahr für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in der ganzen Welt dar.

Die Justizminister stellten fest, daß sich die gegenwärtige internationale politische Lage dadurch verschlechtert hat, daß Spannungsherde und regionale Konflikte bestehen, die das Ergebnis von Bestrebungen der Reaktion sind, ihre Herrschaft und die ungerechten ökonomischen Strukturen der Entwicklungsländer zum Nachteil der Interessen der Völker dieser Länder sowie mit dem Ziel zu erhalten, deren unermüdlichen Kampf um ökonomische und politische Befreiung, gegen ausländische Herrschaft und ausländische Ausbeutung zu untergraben.

Diese Lage verschärft sich im Ergebnis der Wirtschaftskrise, die zur Entstehung neuer Spannungsherde führt, deren Entwicklung nicht vorausgesehen werden kann.

Es wurde festgestellt, daß ein stabiler und zuverlässiger Frieden nur unter der Voraussetzung möglich ist, daß zusammen mit den praktischen und konkreten Maßnahmen zur Abrüstung, in erster Linie zur nuklearen Abrüstung, die in den Vorschlägen der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder enthalten sind, ernsthafte Schritte unternommen werden, die auf die Herstellung gerechter ökonomischer Beziehungen zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern gerichtet sind.

Die Justizminister erachten es für notwendig, daß die Produktion und Verbreitung von Kernwaffen unverzüglich eingestellt wird, daß ihre Erprobung sowie die Anwendung chemischer Waffen und anderer Massenvernichtungswaffen verboten werden, daß das Wettrüsten sowohl im Weltraum als auch in anderen Sphären eingestellt wird und daß militärische Abschreckungshandlungen in Konfliktgebieten sowie feindliche militärische, politische und ökonomische Aggressionshandlungen durch die Vereinigten Staaten von Amerika und andere imperialistische Mächte unterlassen werden. Die Minister halten es ferner für notwendig, daß ausländische Militärstützpunkte aufgelöst, ihr Kolonialstatus und die Apartheid beseitigt sowie die internationalen Grenzen über-